

Antrag der FDP-Fraktion vom 14. August 2018 betr. Außerkraftsetzung der Straßenbeitragssatzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Stadtverordnetenfraktion Darmstadt



FDP Stadtverordnetenfraktion Darmstadt, Rheinstr. 22, 64283 Darmstadt

An die Stadtverordnetenversammlung

Darmstadt, 14. Aug. 2018

Außerkraftsetzung der Straßenbeitragssatzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die notwendigen Schritte zur Außerkraftsetzung der Straßenbeitragssatzung der Wissenschaftsstadt Darmstadt in die Wege zu leiten und nach abschließender Rücksprache mit der Kommunalaufsicht der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Magistrat wird damit beauftragt, die finanziellen Auswirkungen dieser Außerkraftsetzung für die nächsten Jahre darzustellen und vorzulegen. Bisher mit der Erhebung der Straßenbeiträge verbundene Verwaltungs-, Verfahrens- und Gerichtskosten einschließlich Personalkosten sind dabei gesondert auszuweisen und deren, auch anteiliger, Wegfall zu berücksichtigen.
3. Der Magistrat wird beauftragt alternative Finanzierungsmöglichkeiten zum Erhalt der kommunalen Infrastruktur zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Durch die letzte Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) durch das „Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für mehr kommunale Selbstverwaltung“ aus dem Mai diesen Jahres wurde die Entscheidung, ob und wie eine hessische Kommune Straßenbeiträge erhebt, wieder vollständig in deren Verantwortung gelegt. Diese Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gibt der Wissenschaftsstadt Darmstadt die Möglichkeit, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gänzlich auf die Erhebung von Straßenbeiträgen zu verzichten. Der Erhalt kommunaler Straßen und der Verkehrsinfrastruktur ist originär staatliche Aufgabe und aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren.

Zu diesem Zweck sollen Finanzierungsmöglichkeiten geprüft und zur Beschlussfassung vorgelegt werden, die in erster Linie Einsparpotentiale an anderer Stelle berücksichtigen. Diese sind maßgeblich von der Planung grundlegender Sanierungen und deren Fertigstellung abhängig. Nach Informationen des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport belaufen sich die Einnahmen aus Straßenbeiträgen für die Wissenschaftsstadt Darmstadt innerhalb der letzten 3 Jahre auf durchschnittlich 595.333,33 **Euro**. Bei der Berechnung der tatsächlichen zusätzlichen Belastung künftiger Haushalte müssen allerdings die zukünftig nicht mehr entstehenden Verwaltungskosten für die Abrechnung der Straßenbeiträge berücksichtigt werden. Und auch bisher mit der Erhebung und Durchsetzung der Straßenbeiträge entstehende Gerichts- und Verfahrenskosten. Im Rahmen der Rechtsförmlichkeitsprüfung durch die Verwaltung eine abschließende Rücksprache mit der Kommunalaufsicht zu halten.

Ursula Blaum
Ralf Arnemann
Dr. Frank Sabais
Stadtverordneter

Sven Beißwenger
Fraktionsvorsitzender